

editorial: fortschritt

Wenn es stimmt, dass Macht und Wissen einander nicht äußerlich, sondern ineinander verwoben sind, wie Foucault¹ sagte, und der Glaube an den Fortschritt mit der Aufklärung an die Stelle des Gottglaubens getreten ist, um dem „religiös entleerten Ablauf des Menschheitsschicksals einen diesseitigen und dennoch objektiven ‚Sinn‘ zu verleihen“ – wie Max Weber² schrieb, dann wird verstehbar, warum seither so gut wie alle Wissens-Diskurse von Fortschritt reden. Aber auch, dass sie ihre eigene Rede in Zweifel ziehen müssen.

Schon Zeitgenossen der Aufklärung haben die grundlegenden Veränderungen in ihrer Zeit keineswegs einhellig als Fortschritt interpretiert. Es sei nur an Rousseaus Zivilisationskritik oder an Herders Skepsis gegenüber Utilitarismus und Materialismus oder an Mary Wollstonecrafts *A Vindication of the Rights of Women* erinnert. Auch die literarische Romantik kann als Kritik am kapitalistischen Fortschritt gelesen werden. In Deutschland verfasste Hegel eine Geschichtsphilosophie, nach der Vernunft den Fortschritt hervorbringe. Marx hingegen mühte sich um den Nachweis, dass kapitalistische Gesellschaften nur durch Klassenkampf vorangetrieben würden und zu überwinden seien.

Jede Gesellschaft und jede Gesellschaftsepoche erzeugen – folgen wir wieder Foucault – ihre eigene Ordnung des Fortschritts-Diskurses. Sie bevorzugen bestimmte Techniken und Verfahren, die Wahrheit zu finden und zu dekretieren und unterdrücken andere oder schließen sie als unwahr oder unvernünftig aus. Gefährliche Wucherungen der Rede sollen eingedämmt und bestimmte Parameter für Fortschritt durchgesetzt werden.

Der vorliegende Band untersucht Fortschritts-Diskurse in westeuropäischen und nordamerikanischen Gesellschaften des 19. und des 20. Jahrhunderts. Wissenschaften sind Institutionen einer hoch regulierten und spezialisierten Rede, an der Politik und Öffentlichkeit vor allem eines interessiert: Kann sie die Wahrheit des Fortschritts behaupten und durchsetzen? Kann sie Fortschritt ermöglichen oder antreiben? Dies versprechend, haben auch die Geschichts- und Sozialwissenschaften enorm expandiert.

Die Beiträge des Bandes untersuchen – in historisch aufsteigender Reihe – eine geradezu fortschrittstrunkene junge Anthropologie in der Mitte des 19. Jahrhunderts (Christian Dayé), die Pariser Weltausstellung im Jahr 1867 als beispiellose Inszenie-

rung kapitalistischen Fortschritts (Volker Barth), die Geschichte des Marxismus als Theorie gesellschaftlichen Fortschritts (David Mayer), die Bewegung des Heimatschutzes im frühen 20. Jahrhundert, die Fortschritt ermöglichen, aber Zerstörung verhindern wollte (Sándor Békési); die Kritische Theorie und ihre dialektische Konzeption von Fortschritt (Christine Resch und Heinz Steinert), Simulationsmodelle für historische Veränderung (Stephan M. Fischer) sowie politikwissenschaftliche Theorien zur wirtschaftlichen Globalisierung (Philipp Genschel und Henning Deters). Immer also ist Fortschritt Objekt oder Konstrukt des untersuchten Diskurses. Bei aller Unterschiedlichkeit ist den Beiträgen gemeinsam, nicht in den alten historistischen Fehler zu verfallen, den Diskurs für eine mehr oder minder zutreffende *Repräsentation* der Wirklichkeit zu halten. Sie gehen vielmehr davon aus, dass der Diskurs selber Wirklichkeit *konstituiert*. Sie folgen also (implizit oder explizit) Foucaults These, dass Wissens-Diskurse bestimmte Wissens- und Macht-Ordnungen affirmieren, kritisieren oder transzendieren.

Wissenschaften erzeugen aber – wieder mit Foucault gesprochen – nicht nur Wahrheit, sondern auch Wahrheitseffekte für die in verschiedener Weise Betroffenen. Das historische Material wird deshalb auch daraufhin untersucht, wie Wahrheit gesellschaftlich wirksam wird, und auch, ob der Zuwachs an Wissen und Technologie umgehend in effizientere Herrschaft verwandelt wird.

Dass derartige Untersuchungen nie frei von ethischen Haltungen sind, versteht sich beinahe von selbst. Man lese nur die Schlusspassagen bei Christine Resch und Heinz Steinert oder bei David Mayer. Der theoretisch-analytische Akt geht eben nicht in einer „neutralen, ‚objektiven‘ Beschreibung auf. Vielmehr ist er selbst immer schon [...] eine gesellschaftliche Praxis.“³

Das 19. Jahrhundert gilt gemeinhin als eines des weitgehend unbefragten Fortschrittsglaubens. Doch ist es auch das Jahrhundert, in dem Marx, Engels und andere Theoretiker nachzuweisen versuchten, dass gesellschaftlicher Fortschritt im Kapitalismus nur durch Klassenkämpfe zu erobern sei. Jede marxistisch inspirierte Geschichtswissenschaft nimmt seither an, Fortschritt sei das generalisierbare Produkt von Geschichte. Das in den letzten Jahrzehnten zu beobachtende Erkalten der politischen Leidenschaften um marxistische Theorie möchte der junge Wissenschaftshistoriker David Mayer nutzen, um diese Theorie konsequent zu historisieren. Erstens könne nun ihre Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte genauer rekonstruiert werden. Zweitens sei mitten in der aktuellen Krise des weltweiten (Finanz-)Kapitalismus die Frage zu stellen, ob die marxistische Konzeption von Fortschritt durch Historisierung und Kontextualisierung gewinnbringend zu differenzieren wäre. Mayer liefert eine Skizze der Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte des Marxismus von erstaunlicher Dichte. Er fördert eine Mehrzahl von Marxismen und marxistisch inspirierten Geschichtsdebatten zu Tage. Den „pluralen Marxis-

mus“ rekonstruiert er als eine intellektuelle Praxis, in der sich der akademische Diskurs mit Politik, Aktivismus und Ideologie „kreuzten“. Für das 20. Jahrhundert lasse sich nachweisen, dass marxistisches Denken zu einer vergleichenden Globalgeschichte beigetragen habe. Transnationale Perspektiven seien von Marxisten schon eingenommen worden, lange bevor Globalgeschichte *en vogue* war.

In den 1850er und 1860er Jahren bildete sich eine neue Wissenschaft aus, die von ihren Anfängen an den Fortschritt der Menschheit belegen wollte: Anthropologie. Wie Christian Dayé referiert, hätten die 1854 entdeckten Pfahlbauten am Zürichsee bewiesen, dass auch schon vor Erfindung der Schrift beeindruckende Kulturleistungen hervorgebracht worden waren. Da die philologische Methode der Geschichtswissenschaft für die Rekonstruktion vorschriftlicher Kulturen nicht brauchbar war, konnte sich die Anthropologie mit naturwissenschaftlichen Methoden ihrer annehmen. Sie formulierte evolutionistische Stufenschemata, in die Fortschritt nicht als soziales oder ökonomisches Gesetz (wie im Marxismus), sondern als *Naturgesetz* eingeschrieben schien und zur Entwicklung von ‚Naturvölkern‘ zu ‚Kulturvölkern‘ führte.

Genuin kapitalistischen Fortschritt hingegen proklamierte eine Weltausstellung in Paris im Jahr 1867. Der Kulturhistoriker Volker Barth untersucht dies mit den Konzepten der *microstoria* und der *dichten Beschreibung*. Die Exponate repräsentierten den Fortschritt im jeweiligen Sektor kapitalistischer Industrie und Ingenieurskunst: Ausstellungsobjekte als Fortschritts-Indikatoren. Überdies erhob die Ausstellung den Anspruch, die Zukunft der Welt darzustellen und inszenierte einen Fortschrittsvergleich der Zivilisationen. Ob die Motive, Konzepte und Interessen der Ausstellungsmacher auch auf die Besucher übergriffen, ist eine weitere Forschungsfrage. Barths Antwort fällt negativ aus. Die Polysemie jedes ausgestellten Objekts habe die angestrebten Effekte nicht zugelassen. Die meisten Besucherinnen und Besucher suchten anderes als Belehrung. Nach Walter Benjamin wurde die Ausstellung eine „Phantasmagorie der kapitalistischen Kultur“, in die man „eintritt, um sich zerstreuen zu lassen“, ein Ort der „Kulturindustrie“.

Dieser Begriff führt uns schon zum Beitrag von Christine Resch und Heinz Steinert, die die Kritik des kapitalistischen Fortschritts in den Texten der Frankfurter Schule untersuchen. Adorno und Horkheimer, die wichtigsten Autoren der Kritischen Theorie, fanden zahlreiche Belege dafür, dass kapitalistischer Fortschritt nicht der Fortschritt der Menschheit sei. Er mache das Leben vieler nicht besser, sondern elender, ja bedrohe Menschen in ihrer physischen und psychischen Gesundheit. *Herrschaft* verhindere, dass das im Kapitalismus angelegte Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums allen zugute kommt. Technischer Fortschritt werde auch dazu genützt, Menschen in Massen zu töten. Dagegen wenden Resch und Steinert ein, dass selbst nach der Shoah und dem faschistischen Zivilisationsbruch in Deutschland Demokratie und Wohlstand neu hergestellt worden seien. Es gebe also ein gesellschaftliches

Leben nach der Barbarei. Auch der kapitalistische Zyklus von Innovation, Wachstum und Zerstörung laufe weiterhin ab. Damit scheint ihnen nach der Idee des *Fortschritts* auch die Idee des *Untergangs* diskreditiert. Wohl aber halten sie die *Dialektik der Aufklärung* und deren zentrale These: Fortschritt der Produktivkraft bedeute immer auch Fortschritt der Herrschaftsmittel, für realistischer als alle linearen Fortschritts-Modelle. Die „Dialektik der Aufklärung“ halte offen, ob sich Widersprüche derart zuspitzen, dass das politisch-ökonomische System kippt; und sie räume auch die Möglichkeit ein, dass sich Kapitalismus weltweit sehr ungleichmäßig entwickle, ohne dass eindeutig von Fortschritt, Stagnation oder Verfall zu reden wäre.

Um die Frage nach dem Fortschritt im Kapitalismus differenzierter stellen zu können, umreißen Resch und Steinert ein Konzept von kapitalistischen *Produktionsweisen* (Plural). Sobald sich Kapitalstrategie, Arbeitsmoral, Herrschaftsregime und Kultur deutlich verändern, könne man von einer veränderten Produktionsweise sprechen, auch wenn diese Veränderung *innerhalb* des Kapitalismus geschieht. Resch und Steinert plädieren dafür, die bisherigen Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise mit historischen Phasen-Begriffen (Liberalismus, Fordismus, Postfordismus bzw. Neoliberalismus) zu fassen. Ob und in welcher Hinsicht der Übergang von einer in eine andere kapitalistische Produktionsweise Fortschritt sei, wäre dann in allen vier Dimensionen (Kapitalstrategie, Arbeitsmoral, Herrschaftsregime und Kultur) zu bestimmen. Oft sei es aber dann doch kein gesamthafter Fortschritt, sondern bloß eine sektorale Veränderung. Der emphatische Fortschrittsbegriff der Kritischen Theorie könne mehr denn je nur für eines gelten: für die weltweite Überwindung von Hunger und Not.

An der „Heimatschutz-Bewegung“ untersucht der Wiener Stadt- und Kulturhistoriker Sándor Békési eine wichtige Facette des Fortschritts-Diskurses: Geht politischer Konservatismus notwendig mit ästhetischem Konservatismus einher? Und konkret auf die Wiener Moderne um 1900 bezogen: Gab es auch einen konservativen Moderne-Entwurf? Die Untersuchung belegt: Es gab einen Konservatismus der ästhetischen Avantgarde in Kunst, Literatur und Architektur; und umgekehrt: auch architektonischer Traditionalismus hatte mitunter politisch fortschrittliche, sozialreformerische Züge. Die These des Beitrags lautet denn auch, Heimatschutz drückte zu Anfang des 20. Jahrhunderts die Ambivalenz der Modernisierung aus. Seine Funktion sei es gewesen, „die immanenten Verluste des Fortschritts zu thematisieren“.

Die primäre Stellung der Geschichtswissenschaft gegenüber ihrem Objekt sei der Status des zeitlichen Abstandes. So beginnt der gelernte Physiker und Wissenschaftstheoretiker Stephan M. Fischer seine Untersuchung über die Eigenart geschichtswissenschaftlicher Wissensproduktion. Doch nicht der zeitliche Abstand an sich, sondern die Qualität einer Veränderung in der Zeit sei das allgemeine Explanandum. So werde aus dem Zeitraum ein historischer Ereignisraum. Das Problem des Verste-

hens stelle sich, weil das historische Ereignis resp. jene Veränderung, die es impliziert, nicht umfassend wissentlich zugänglich sind. Fischer fragt deshalb, was genau Historikerinnen und Historiker über das Handeln im historischen Ereignisraum wissen können. Er konstruiert einen „Ereigniszwischenraum“, der zwischen dem Anfang eines historischen Geschehens und dem Zeitpunkt seiner geschichtswissenschaftlichen Analyse liegt. An dessen Anfang bestehe ein Überschuss der *Gelegenheit* seitens der Handelnden; an dessen aktuellem Ende hingegen ein Überschuss an *Wissen* seitens der Historikerinnen und Historiker. Die Handelnden spielen mit möglichen Verläufen, sie *simulieren*. Doch nicht alle Handlungsmöglichkeiten und schon gar nicht alle Handlungsfolgen sind ihnen bekannt resp. für sie vorherzusehen. Nur einige können sie simulativ erschließen. Für die Geschichtsforschung müsse es daher zunächst darum gehen, möglichst viel Wissen über diese Simulation der historischen Akteure (Frauen und Männer, aber auch Gruppen oder Institutionen) zu erlangen.

Am vorläufigen Ende des Ereigniszwischenraums verfügen der Historiker und die Historikerin über einen Wissensüberschuss, was die eingetretenen Folgen und Wirkungen des Ereignisses betrifft. So wissen sie immer mehr, als die historischen Akteure (als Frauen und Männer, als Gruppen oder Institutionen) wissen konnten. Doch zugleich mangelt es der Geschichtsforschung an Wissen über die damals gemachten Erfahrungen. Dieses Wissensdefizit sei das eigentliche geschichtswissenschaftliche Problem. Die Wissens-Defizite der historischen Akteure am einen Ende und der Historikerinnen und Historiker am anderen Ende seien nicht aufhebbar. Jedoch können die Historikerinnen und Historiker ähnliches tun wie die historischen Akteure zu ihrer Zeit: eine Simulation durchführen. Diese erfolge allerdings mit jenem Wissens-Surplus, den der Modus der Nachträglichkeit erbringt. Daraus ergebe sich, so Fischer, ein geschlossener, rückgekoppelter *Simulationsnexus* der geschichtswissenschaftlichen Wissenserstellung.

Schließlich diskutiert der Autor die Stellung, die Geschichtswissenschaften angesichts solcher Simulationsverfahren im Verhältnis zu den Naturwissenschaften einnehmen können. Er spricht die Debatte um Gesetze oder deren Ablehnung in der Geschichtswissenschaft an wie auch deren vorwiegend hermeneutische und semiotische Methodik. Bei aller Uneinheitlichkeit sei doch zu bemerken, dass die meisten Historikerinnen und Historiker mehrere Formen von Kausalitäten zur Kenntnis nehmen. Sie haben es mit verschiedenen Arten von Ursachen und Folgen (innere und äußere, ökonomische, politische, psychologische usw.) zu tun, aber auch mit vielfältigen Kontingenzen. Was kann der Simulationsnexus diesbezüglich erhellen? Zunächst, so Fischer, klärt er die Differenz zwischen dem Gelegenheits- und dem Wissens-Überschuss. Er macht bewusst, was der historische Akteur einerseits und was der Historiker bzw. die Historikerin andererseits (nicht) wissen kann. Während kein Weg zu einer sicheren Prognose führe, sei die auf vergangenes, historisches

Handeln bezogene Simulation – das Denken offener Möglichkeitsräume – die Logik der Geschichtswissenschaften.

Mag der Beitrag im thematischen Umfeld dieses Bandes allzu grundlagentheoretisch erscheinen, so ist er doch aus der Sicht des Herausgebers eine nützliche Erörterung der Grenzen und Möglichkeiten geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis. Sie scheint auch hoch relevant, wenn Fortschritt, Stagnation oder Verfall in historischer Perspektive diskutiert werden.

Das Gespräch, das Mario Wimmer mit dem Ideen- und Kulturhistoriker Ulrich Raulff, Direktor des Deutschen Literaturarchivs und Herausgeber der *Zeitschrift für Ideengeschichte*, geführt hat, kreist um die Frage, wie in der ideengeschichtlichen Arbeitsweise Neues entdeckt – und also Wissens-Fortschritt erzeugt werden kann. Von der Idee als einer überraschenden Verbindung von zwei Dingen, die so noch nicht verbunden wurden, vom Modus der Nachträglichkeit, von flüchtigen Einfällen und Konzepten der Dauer ist hier die Rede. Auch von transzendentalen Ideen, die größer seien als der einzelne Mensch, immer wieder hervortreten und zu einer historischen Macht werden können. Der Beruf des Ideen-Historikers (wohl auch der Ideen-Historikerin) sei es, so Volker Ullrich, zu beschreiben, wie die Ideen aufgenommen und abgewandelt, übersetzt und überliefert, immer wieder in neuer Weise kontextualisiert worden sind.

„Globalisierung“ ist ein populäres Schlagwort, das sowohl für rezente Wirtschaftsprozesse als auch für gesellschaftspolitische Krisen und auch Ängste steht. Der wirtschafts- und politikwissenschaftliche Diskurs ist sich jedoch in hohem Maße uneinig über das unter diesem Titel diskutierte Phänomen und seine Auswirkungen. Philipp Genschel und Henning Deters, Politikwissenschaftler an der Jacobs University Bremen und an der Universität Bremen, ordnen den Diskurs, der in den 1990er Jahren nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten begann, in drei Diskursstränge:

Der erste, die *Globalisierungstheorie*, argumentiert, die Internationalisierung der Wirtschaft habe die nationalen Politiken insofern geschwächt, als sie die Eingriffsmöglichkeiten nationaler Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik reduzierte. Den Versuchen nationaler Politik, steuernd, regulierend oder umverteilend einzugreifen, entzögen sich globalisierte Wirtschaftsunternehmen durch Absiedlung von Betrieben in weniger regulierte Gebiete in Osteuropa und auf anderen Kontinenten. Ab den 1980er und 1990er Jahren sei Globalisierungsangst zum „allgemeinen Krisengefühl“ geworden. Die *Globalisierungstheorie* hielt (und hält) die Globalisierungsangst in weiten Teilen der Bevölkerung für durchaus berechtigt. Immerhin stehe der Fortbestand des Wohlfahrtsstaates in Frage. Der globale Markt zwingt die nationalen Regierungen zu marktkonformer Politik. Die Sozialstaatlichkeit werde dem Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet, wenn nicht geopfert.

Der zweite Diskursstrang, von den Autoren *Globalisierungs-Skepsis* genannt, zieht die Globalisierungstheorie in Zweifel. Die Krise der europäischen Wohlfahrtsstaaten habe ihre Ursache in nationaler Politik. Entgegen den Prognosen der Globalisierungstheorie seien die Wohlfahrtsstaaten bisher gar nicht nennenswert geschrumpft. Die destruktive Wirkung der Globalisierung auf den Sozialstaat werde von der Globalisierungstheorie überschätzt.

Der dritte und jüngste Diskursstrang kehrt die Globalisierungstheorie um – ist also *revisionistisch* – und behauptet, die Globalisierung sei nicht die Ursache der Krise der Wohlfahrtsstaaten, sondern deren Lösung. Globalisierung der Wirtschaft sei der „Ausweg aus einer (von den nationalen Regierungen der Sozialstaaten, RS) selbst geschaffenen Sackgasse“. Die Regierungen unterwürfen sich zögerlich, aber doch der globalen Marktdisziplin und reduzierten die wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen und Institutionen auf ein wirtschaftlich leistbares Maß.

Genschel und Deters rekonstruieren diese drei Diskursstränge vor dem Hintergrund empirischen Materials. Sie konstatieren empirische Mängel, Widersprüche und theoretische Konflikte innerhalb und zwischen den drei Diskurssträngen und gelangen zu folgender Einschätzung: In den letzten Jahren habe sich – entgegen der Globalisierungs-Skepsis – herausgestellt, dass die Globalisierung der Wirtschaft die Möglichkeiten nationaler Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Tat erheblich eingeschränkt hat. Wie diese Einschränkung zu bewerten ist, könne allerdings nicht empirisch entschieden werden, sondern sei ein Problem der politischen Interpretation. Auffällig sei zudem, dass sich alle drei Diskursstränge nahezu ausschließlich mit den Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung auf die OECD-Staaten beschäftigen. Dadurch werde übersehen, dass die wahrscheinlich folgenreichste Entwicklung der letzten zehn Jahre nicht in Einschränkungen der europäischen und nordamerikanischen Wohlfahrtsdemokratien bestand, sondern im Aufstieg von Transformationsökonomien in Asien (China und Indien), in Osteuropa (Russland, Slowakei, Estland) oder auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten (Dubai und Abu Dhabi). Überdies werde im Globalisierungsdiskurs nur die mögliche Deflation, nicht aber die Inflation als Folge der Globalisierung bedacht. Die jüngste Explosion der Erdöl- und Nahrungsmittelpreise infolge der starken Nachfrage vor allem in China und Indien hätte aber die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den entwickelten Wohlfahrtsstaaten Westeuropas und Nordamerikas nachhaltiger beeinflusst als die Niedriglohnkonkurrenz. Folgen wir dieser Analyse, zeigen die politikwissenschaftlichen Diagnosen und Erklärungen der fortgesetzten und beschleunigten Mondialisierung der Wirtschaft eine doch erstaunlich eurozentristische, ironisch formuliert: ungenügend ‚globalisierte‘ Perspektive.

Reinhard Sieder / Wien

Anmerkungen

- ¹ Michel Foucault, *Dispositive der Macht. Michel Foucault über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin 1978.
- ² Max Weber, Roscher und Knies und die logischen Probleme der Nationalökonomie, in: Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1973, 1–145, hier 33, Anm. 2.
- ³ Hannelore Bublitz, *Diskursanalyse – (k)eine Methode? Eine Einleitung*, in: dies./Andrea D. Bührmann/Christine Hanke/Andrea Seier, Hg., *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*, Frankfurt am Main/New York 1999, 10–21, hier 16.

Postskriptum

Mit diesem Band beginnt die ÖZG ihr zwanzigstes Jahr – Gelegenheit, einige Veränderungen vorzunehmen. Wir erweitern die Gruppe der Herausgeberinnen und Herausgeber: Elizabeth Harvey, Professorin für Geschichte an der University of Nottingham, Brigitte Studer, Professorin für Geschichte an der Universität Bern, Josef Ehmer, Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien, sowie Christian Fleck, Soziologe und Wissenschaftshistoriker an der Karl-Franzens-Universität Graz, werden künftig dem Team der Herausgeberinnen und Herausgeber angehören. Gemeinsam werden wir dafür sorgen, dass die thematische Vielfalt der Zeitschrift wie auch ihre Offenheit für alle historischen Sozial- und Kulturwissenschaften bei hohen internationalen Qualitätsstandards erhalten bleibt.

Auch der wissenschaftliche Beirat der Zeitschrift wird erheblich verstärkt: Sylvia Paletschek, Professorin für Neuere Geschichte an der Universität Freiburg, Ute Schneider, Professorin für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Duisburg-Essen, Hanna Hacker, Soziologin, Historikerin und Spezialistin für Cultural und Postcolonial Studies, sowie Tilman Allert, Professor für Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main haben sich bereit erklärt, uns künftig mit Vorschlägen für Themenbände und bei der Begutachtung der eingelangten Manuskripte zu unterstützen.

Das wissenschaftliche Sekretariat der Zeitschrift übernimmt Dr. Andrea Schnöller. Sie löst Dr. Alexander Mejstrik in dieser Funktion ab, dem wir für seine jahrelange, sorgfältige Arbeit und die geduldige Betreuung unserer Autorinnen und Autoren herzlich danken. Er wird weiterhin Herausgeber bleiben.

Nicht zuletzt verändern wir die Erscheinungsweise: Ab nun erscheint die OeZG nicht mehr vier-, sondern dreimal im Jahr, allerdings weiterhin im Umfang von ca. 600 Druckseiten pro Jahrgang. Das wird uns ermöglichen, dem jeweiligen Rahmenthema mehr Hauptaufsätze und auch mehr Beiträge im Forum zu widmen.